

Deutschlandpolitik im Gewerkschaftshaus

Jens Hildebrandt: Gewerkschaften im geteilten Deutschland. Die Beziehungen zwischen DGB und FDGB vom Kalten Krieg bis zur Neuen Ostpolitik 1955 bis 1969. St. Ingbert: Röhrig Universitätsverlag 2010 (Mannheimer Historische Forschungen, Band 31), 723 S., 68,00 €.

Jens Hildebrandts Buch über die Geschichte der Gewerkschaften im geteilten Deutschland widmet sich einem sehr wichtigen und interessanten Thema. Und es wirft einen Schatten auf die Geschichtsschreibung über die deutschen Gewerkschaften, die seit der Wiedervereinigung in Quellenbänden oder Studien mit wenigen Ausnahmen im „Ost-West-Muster“ verharren. Das gilt auch für das aktive Zentrum der historischen Gewerkschaftsforschung der letzten Jahre: Die historische Biografik. Dieses Genre berücksichtigte die Ost- und West-Biografien mit deutschlandpolitischen Schnittmengen zwar vereinzelt,¹² eine integrierte, die Geschichte der Teilung angemessen berücksichtigende Perspektive, konnte sie aber nicht anlegen. Der biografische Blick fördert eben die spezifische Betrachtung eines Individuums und ist, sofern man Kollektivbiografien oder die vergleichende Lebensbeschreibung von heterogenen Kleingruppen vermeidet, für eine parallele deutsch-deutsche Geschichtsperspektive nicht zwingend geeignet.

Da man dies zwei Dekaden nach der Wiedervereinigung zu Recht als erhebliches Forschungsdefizit auch im Kreis der Gewerkschaftshistoriker erkannt hat, scheint auf dem deutschlandpolitischen Feld die Geschichtsschreibung über Organisationen wieder auf dem Vormarsch zu sein. Vor einem Jahr beispielsweise veröffentlichte Manfred Scharer sein Buch über den Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90¹³ und untersuchte die Organisationen von der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der spannenden Phase des unmittelbaren Umbruchs. Während Scharer mikrogeschichtlich ansetzt und versucht, die verdichteten Ereignisse eines kurzen Zeitraums anhand von Zeitzeugeninterviews auch wahrnehmungsgeschichtlich zu arrangieren, denkt Hildebrandt in größeren historischen Dimensionen. Er wählt sich die schwerfälligen organisatorischen „Tanker“ der ost- und westdeutschen Gewerkschaftsbewegung – den FDGB und den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) – für seine Analyse aus, um vom Kalten Krieg bis zum Beginn der Neuen Ostpolitik gleich mehrere deutschlandpolitische Etappen der Gewerkschaftsarbeit der Jahre von 1955 bis 1969 zu durchschreiten.

12 Vgl. etwa Peter Hübner: Im Parteiauftrag: Herbert Warnke an der Spitze des FDGB, in: Karl Lauschke (Hg.): Die Gewerkschaftselite der Nachkriegszeit: Prägung – Funktion – Leitbilder, Bochum 2006, S. 101–120. Knud Andresen: Widerspruch als Lebensprinzip. Der undogmatische Sozialist Heinz Brandt (1909–1986), Bonn 2007.

13 Manfred Scharer: Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin etc. 2011.

Die Arbeit schlägt einen großen Bogen. Sie beschreibt, wie aus zwei Großorganisationen, die nach Kriegsende zunächst noch miteinander agierten, im zunehmenden Ost-West-Konflikt konkurrierende Institutionen wurden. Während sich in den 1950er Jahren im westlichen DGB mit einer weiterhin bestimmenden Hoffnung auf eine baldige Wiedervereinigung ein deutschlandpolitischer Alleinvertretungsanspruch für die gesamtdeutsche Arbeitnehmerschaft ausprägte, suchte der östliche FDGB mit seiner „Westarbeit“ nach Chancen zur Initiierung eines gesamtdeutschen Klassenkampfes. Der DGB brach die Kontakte zum FDGB ab und war fortan bemüht, sich und seine Mitglieder abzuschirmen – eine Strategie, die nicht an allen Stellen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung mitgetragen wurde: So auch nicht im Kreis der Mitarbeiter von Viktor Agartz im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut des DGB.

Als 1961 mit dem Mauerbau die Illusion einer nahen gesamtdeutschen Lösung zerbrach und sich nach dem Ende der Kuba-Krise 1962/63 der Ost-West-Konflikt allmählich zu rationalisieren und zu ritualisieren begann, wurden auch die „Spieltaktiken“ der beiden deutschen Gewerkschaftsverbände überarbeitet. Der FDGB griff in seiner Westarbeit gezielter kritische Gewerkschaftsthemen in der Bundesrepublik, beispielsweise die Notstandsgesetzgebung, auf und unterstützte, den Schulterschluss mit der vermeintlichen westdeutschen „antikapitalistischen Avantgarde“ suchend, Streikbewegungen wie jene der baden-württembergischen Metallarbeiter 1963. Deutlicher gestaltete sich der Wandel im DGB, wo die Politik der Kontaktsperre ausgehend von der Gewerkschaftsjugend (Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz) und der ÖTV (mit einer wichtigen Rolle Heinz Klunckers) zunehmend infrage gestellt und schließlich, nach einer abermaligen Zuspitzung mit dem Einmarsch der Truppen aus dem Warschauer Pakt in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR), endgültig aufgehoben wurde.

Wie geht Hildebrandt vor? Nach einem sehr ausführlichen Methodenkapitel und einigen Bemerkungen zu den Ursprüngen des deutsch-deutschen Beziehungskonfliktes verfährt Hildebrandt strikt chronologisch. In vier Kapiteln arbeitet er die von ihm gesetzten Zäsuren ab: Hoffnung auf Wiedervereinigung (1955–1958), wechselseitige Destabilisierung (1958–1961), nach dem Mauerbau (1961–1964) und Ostpolitik (1964–1969). In jedem dieser zeitlichen Bereiche befasst sich der Autor in ausführlichen Unterkapiteln zunächst mit der Deutschlandpolitik des DGB und anschließend mit den jeweiligen Initiativen des FDGB. Über Zäsuren streiten Historiker gerne, und auch die von Hildebrandt gewählten Zeiteinheiten könnte man kritisch kommentieren: Nicht zuerst hinsichtlich der Unterteilung, wohl aber hinsichtlich eines womöglich zu späten Beginns seiner Untersuchung. Für das Verständnis der gewerkschaftlichen Deutschlandpolitik sind die Jahre von 1945 bis 1955 als Etappe, in der die Gewerkschaften und ihre Funktionsträger im Ost-West-Antagonismus eine prägende Orientierung erfuhren, nicht unerheblich. Der Autor ist sich dessen bewusst und fügt in seinem vorgelagerten Kapitel über die Ursprünge des deutsch-deutschen Konfliktes eine Passage zur Entwicklung nach 1945 einschließlich der wichtigen Interzonenkonferenzen ein. Dennoch bleibt der Eindruck bestehen, dass die erste Nachkriegsdekade für das Thema der Untersuchung zu schwach gewichtet wird.

Hildebrandt strebt mit seinem thematisch-methodischen Arrangement eine „asymmetrisch verflochtene Parallel- und Abgrenzungsgeschichte“ nach dem Vorbild Kleßmanns in Anwendung auf den DGB und den FDGB an. Konflikt- und Kooperations-ebenen sollen dabei in einem integrierten Ansatz aufgedeckt werden, wobei der Autor den Akteuren und den Verbandsideologien als Maßstab für die Qualität und Intensität der Beziehungen im ideologischen Wettbewerb besondere Aufmerksamkeit zu schenken beabsichtigt. Überhaupt werden die kulturgeschichtlichen Absichten der Untersuchung zu Beginn stark betont. Ein *sample* sozialisierter Verhaltensweisen der Gewerkschaftsfunktionäre soll anhand der Interaktionen, Selbst- und Fremdwahrnehmung sichtbar gemacht werden, Motivationen und generationelle Prägungen der Akteure aufgedeckt und Diskurse beleuchtet werden. Auf diese Weise soll eine Erfahrungsgeschichte als moderne Kulturgeschichte realisiert werden, und zwar als Sozial- und Mentalitätsgeschichte des politischen Verhaltens und als Ideengeschichte der Politik.

Das theoretische Konzept der Studie bleibt trotz des erkennbaren Bemühens, diese in den *state of the art* einer modernen Geschichtswissenschaft zu integrieren, nicht unproblematisch. Denn es begründet letztlich eine dem Maßstab gegenseitiger Interaktion folgende Innenbetrachtung des DGB und des FDGB, die für eine Untersuchung der Gewerkschaftsarbeit im Bereich der Außenpolitik unter Berücksichtigung der dazu bislang vorliegenden Forschungen nicht hinreichend zu sein scheint. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung neigt demnach offenbar dazu, sich in Angelegenheiten der Außenpolitik mit der Regierungspolitik zu arrangieren und ihr diesbezüglich eher selten konfrontativ zu begegnen,¹⁴ was in einzelnen Fällen wie der Wiederbewaffnungsfrage in den 1950er Jahren oder der Südafrikapolitik Ende der 1980er Jahre für den westdeutschen Part immerhin gelegentlich auch der Fall sein konnte. Es wäre für die Deutschlandpolitik folglich kritisch zu hinterfragen, inwiefern sich westdeutsche Gewerkschafter des DGB von den jeweiligen Linien der Regierungspolitik leiten ließen (und wie dies konkret, an Fallbeispielen gezielt untersucht, geschah), inwiefern also die Meinungsbildungsprozesse im westdeutschen Gewerkschaftsbund auch auf diese Weise beeinflusst wurden – und damit weiteren Interaktionsprozessen jenseits des östlichen *counterparts* FDGB geschuldet sein konnten. Dies wäre im Vergleich zur „Staatsnähe“ des FDGB ein interessanter Parameter eines Vergleichs gewesen. Der Autor deutet eine entsprechende Absicht gelegentlich an (etwa in Kapitel IV.1 und IV.2), geht der Fragestellung aber nicht mit einer erkennbar darauf konzentrierten Analyse nach. Dafür hätte man das Untersuchungsdesign und die Vorgehensweise womöglich korrigieren müssen. Aber vielleicht hätten der Studie einige gezielte quellenteknische „Tiefenbohrungen“ in das Dickicht der gewerkschaftlichen Bürokratie wie auch in die Tiefe des politischen Raumes zum Vorteil gereicht.

14 Vgl. dazu die Forschungen von Potthoff, Brunner, Ruck oder Köpper für den Zeitraum von der Weimarer Republik bis zu den 1950er Jahren.

Das Buch hat dann auch dort seine stärksten Passagen, wo sich der Autor auf eine Sondierung in der Tiefe einlässt. In den Kapiteln über die Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung von 1957 ist das der Fall. Hier kommt die Studie der für den DGB auch andernorts bereits festgestellten Kommissionskultur nahe. Und da die Kommission für die Wiedervereinigung im DGB auf höchster Vorstandsebene agierte, können im Umkreis der berücksichtigten Vorstandsakten Meinungsbildungsprozesse, Konflikte oder Diskurse bei personaler Zuordnung und unter Aufdeckung der im DGB chronischen Differenzen der einzelgewerkschaftlichen Vertreter in einer Weise nachgezeichnet werden, mit der sich das Buch an dieser Stelle einer Mentalitätsgeschichte oder Kulturgeschichte des politischen Verhaltens tatsächlich annähert. Solche Sondierungen in der Tiefe am ausgewählten Fall hätten womöglich eine Chance geboten, den kulturgeschichtlichen Absichten der Studie gerechter zu werden. Die Wahrnehmungsprozeduren der handelnden Akteure nachzuvollziehen und ihre „Gedankengebäude“, ihre Selbst- und Fremdkonstruktionen zu dekonstruieren, ist auch für die Gewerkschaftsgeschichte ein anspruchsvolles Wagnis. Man benötigt dazu einen politischen und sozialen Unterbau, um das Verhalten der Akteure in ein Verhältnis setzen zu können – auch für die Deutschlandpolitik, die, wie der Autor selbst an mehreren Stellen betont, für die Gewerkschaften als Organisationen der Arbeitswelt stets ein sozialpolitischer Wettbewerb um die bessere Vertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft war. Über die deutsch-deutsche Geschichte der Arbeitswelten wird der Leser in Hildebrandts sehr ausführlichem Text jedoch allenfalls am Rande informiert. Jedenfalls wird es schwierig, den selbst gesetzten methodischen Zielen zu folgen, wenn in zahlreichen Passagen des Buches Gewerkschaftskongresse beschrieben, Gewerkschaftsprogramme vorgestellt, im Wesentlichen also Programm- und (traditionelle) Organisationsgeschichte betrieben wird. Dieser Eindruck kann durch gelegentliche personenbezogene Exkurse, wie etwa zum Tode Kurt Liechtensteins oder zur Entführung Heinz Brandts, nicht korrigiert werden und auch nicht durch die Betrachtung von Funktionärsgenerationen, deren Analyse mitunter rudimentär bleibt.

Für Gewerkschaftsfunktionäre fehlt es, kritisch betrachtet, noch immer an empirisch hinreichend gesicherten Erkenntnissen über die Merkmale ihrer Generationen. Meist wird versucht, bekannte Generationentypologien auf Gewerkschafter zu übertragen – auch aus Mangel an Erkenntnissen einer vergleichenden biografischen Gewerkschaftsforschung.¹⁵ Es ist dann die Frage, ob man einen Generationenwechsel in einem gewerkschaftlichen Vorstand tatsächlich ohne weiteres ursächlich verantwortlich machen darf beispielsweise für einen gewerkschaftlichen Politikwechsel. Denn in Wahrheit müssten

15 Trotz der biografischen Aktivität der vergangenen Jahre fehlt es einer solchen Forschung an Grundlagen. Eine ausreichend große Anzahl sorgfältig recherchierter Einzelbiografien liegt für jeden vermuteten Generationentypus noch nicht vor; eine quellenbasierte Topografie gewerkschaftlicher Biografien fehlt.

dafür biografische Nachweise im Einzelfall erbracht werden. Die Sammlung an ausgewählten Kurzbiografien, die Hildebrandt am Ende seiner Arbeit nachreicht, oder die biografischen Informationen, die er in Text oder Anmerkungen anbietet, sind dafür nicht geeignet. Das kann man dem Autor gar nicht vorwerfen. Denn die dafür in einer beachtlichen Breite und Tiefe erforderliche biografische Forschung ist noch immer nicht vorhanden – und wird vielleicht nie vorhanden sein.

Doch gelegentlich irritiert es, wenn man feststellt, welche Missverständnisse bei einer nicht ausreichend erläuterten Verwendung von Generationenbegriffen beim Leser erzeugt werden können. So spricht der Autor einerseits von der „HJ-Generation“ im FDGB (S. 475), andererseits aber von der „45er-Generation“ im DGB, die gerade weder an der Flak noch in der HJ sozialisiert worden sei (S. 35, Anm. 77). Der fachkundige Leser kann sich womöglich erschließen, dass der Autor eigentlich zum Ausdruck bringen möchte, dass die „45er“ insbesondere der späteren Geburtsjahrgänge bis zum Ende der 1960er Jahre im DGB erst gelegentlich in Spitzenverantwortung gelangten. Dessen ungeachtet erreichte die nationalsozialistische Erziehung die „45er-Generation“ der späteren westdeutschen Gewerkschafter – mit offenbarer Wirkung. Aus den wenigen vorliegenden Spezialbiografien über wichtige westdeutsche gewerkschaftliche Vertreter der Generation wissen wir: Sie waren in der HJ, mal widerwillig oder hilflos wie Eugen Loderer oder Gerd Muhr, mal begeistert wie Hans Matthöfer, der es zum „Jungzug- und Scharführer“ sowie zum stolzen Träger des „Goldenen Scharfschützenabzeichens“ der HJ brachte, mal enttäuscht wie Werner Thönnessen, den man zu seinem jugendlichen Bedauern wegen eines körperlichen Gebrechens als untauglich für die Wehrrüchtigung der HJ einstufte und der stattdessen bis zum „Jungzugführer“ bei den „Pimpfen“, dem „Deutschen Jungvolk“, aufstieg.¹⁶

Trotz kritischer Einwände ist Hildebrandts Buch über die Gewerkschaften im geteilten Deutschland ein wichtiger Beitrag zur deutsch-deutschen Geschichte und zur Gewerkschaftsgeschichte. Der Autor hat viel Arbeit auf sich genommen, um sich die beiden Großorganisationen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu erarbeiten, wobei erwähnt sein muss, dass Hildebrandt zugleich für einen partiell korrespondierenden Band der „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert“ als Bearbeiter verantwortlich ist. Schön wäre es gewesen, wenn der Autor die dort verwandten ausführlichen Register wenigstens für Personen in seine Monografie übernommen hätte. Das Buch wirft am Ende die Frage auf, wie wir künftig mit Gewerkschaftsorganisationen unter Berücksichtigung und mit Erweiterung kultur-, politik- und

16 Vgl. die ausführlichen Biografien über Eugen Loderer (2003), Hans Matthöfer (2009), Gerd Muhr (2012) und die Autobiografie Werner Thönnessens (2005). Thönnessen ist, genau genommen, für eine Zuordnung zu den „45ern“ 34 Monate zu spät geboren; seine veröffentlichte Autobiografie ist aber gerade wegen seiner schonungslosen Selbstkritik im Hinblick auf die eigene Jugendsozialisation im NS ein außergewöhnliches Dokument.

sozialgeschichtlicher Standards methodisch umgehen können. Biografien können eine moderne Organisations- oder Institutionengeschichte nicht ersetzen, eine Programm- oder Organisationsgeschichte mit traditionellen Mustern in kulturgeschichtlichem Gewande indes ebenso nicht. Der weiße Fleck auf der wissenschaftlichen Landkarte, welche eine integrierte deutsch-deutsche Geschichte der Gewerkschaften lange hinterlassen hat, weist mit Nachdruck darauf hin. Hildebrandt füllt diesen Fleck nun mit seinem opulenten Werk inhaltlich für die 1950er und 1960er Jahre. Auf die bereits bestehende Anschlussarbeit für die Jahre nach 1969 darf man umso mehr gespannt sein.

Stefan Remeke

Besinnen auf die eigene Kraft

Rainer Holze/Siegfried Prokop (Hg.): Basisdemokratie und Arbeiterbewegung. Günter Benser zum 80. Geburtstag, Berlin: Karl Dietz Verlag 2011, 288 S., 19,90 Euro

Der vorliegende klar strukturierte Sammelband bündelt die Beiträge des Kolloquiums „Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächnisse“, das im Januar 2011 in Berlin zu Ehren von Günter Benser mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftungen Berlin und Brandenburg sowie des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung stattfand. Im Fokus des Interesses stand das Spannungsverhältnis von Basisdemokratie und Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert. Die Wahl dieses historischen Themas war zugleich die Einladung, mit neuen Forschungsergebnissen die aktuelle Grundsatzdebatte um das Demokratieverständnis der Bundesrepublik zu bereichern. Allerdings ließen einige Beiträge des Kolloquiums Wünsche hinsichtlich des Neuigkeitswertes des Gesagten offen.

Neben Biographischem und Autobiographischem konzentriert sich die Publikation auf drei klar strukturierte und klug gewählte Themenkreise zu real-historischen basisdemokratischen Ausformungen in einem Zeitraum von anderthalb Jahrhunderten vor allem in der deutschen Arbeiterbewegung (lediglich ein Beitrag von Feliks Tych ist der frühen polnischen *Solidarnosc*-Bewegung gewidmet). Die Themenkreise sind dem Demokratieverständnis in der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, dem Spannungsverhältnis von Basisdemokratie und Arbeiterbewegung im Jahre 1945, dessen Gegenstand vor allem Möglichkeiten und Grenzen der Basisdemokratie unter den Bedingungen der alliierten Besatzungsherrschaften im eben befreiten Deutschland waren, und schließlich den ebenfalls zeitlich eng begrenzten basisdemokratischen Ansätzen in den Umbruchjahren 1989/90 gewidmet. In einem weiteren Themenkreis werden einige ausgewählte Konzepte und Vorstellungen zum Thema Basisdemokratie in der Arbeiterbewegung seit dem 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart betrachtet.

Dem Anlass des Kolloquiums angemessen, wird die verdienstvolle Publikation eröffnet mit der kenntnisreichen, um differenzierte Wertungen bemühten Laudatio Siegfried